



Foto: Thomas Bacher

Veloraser, Wildpinkler, undemokratische Stadträte

DÜBENDORF: Am Montagabend musste sich der Stadtrat in der Fragestunde im Gemeinderat eingehend mit Drahteseln beschäftigen. Aber auch einige andere Themen beschäftigen offenbar die Parlamentarier.

Die grüne Welle schwappte an der Sitzung des Dübendorfer Parlamentssitzung vom Montag durch den Leepüntsaaal. Die Hälfte der von den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten gestellten Fragen betraf direkt oder indirekt das Thema Velo.

Der gerade in den Gemeinderat nachgerückte Oliver Kellner (Grüne) wollte wissen, ob man den Veloweg durch die Bahnhofsunterführung umleiten könnte. Sein Parteikollege Julian Croci störte sich über die Fahrradabsperren beim Glattuferweg am Stadtrand. Und Angelika Murer Mikolasek (GLP/GEU) sprach den Konflikt zwischen rasenden E-Bikern und Fussgängern am Glattuferweg und der Schützenhausstrasse an.

Breitgefächerte Themen

Die Fragestunde findet zweimal jährlich statt. Sie ist ein Ort, wo die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte ihre Sorgen und Nöte deponieren können. Und manchmal entwickelt sich daraus ein politischer Vorstoss. Thematische waren die angesprochenen Themen auch dieses Mal breit gefächert.

Urs Menet (SP) fragte den Stadtrat über die Toiletten-Häuschen am Glattquai aus, die «Kompost-WCs». Die Antwort des Stadtrats: Dank der «Tois» wurde das Wildpinkeln «massiv eingedämmt».

Begünstigung: SVP hakt nach

Patrick Walder (SVP) bezog sich auf ein aktuelles Politikum um Stadträtin Jacqueline Hofer (SVP). Anlässlich einer Anfrage von Julian Croci (Grüne) antwortete der Stadtrat kürzlich auf die Frage, ob Hofer als Sozialvorsteherin ihre Schwester begünstigt haben soll.

In diesem Zusammenhang wollte Walder von der Stadtregierung wissen, ob der Stadtrat in der Vergangenheit öffentliche Aufträge an Unternehmen vergeben hat, bei denen ein Mitglied des

Gremiums zeichnungsberechtigt, Honorarempfänger oder Vorstandsmitglied war. Stadtpräsident André Ingold (SVP) antwortet, dass die von Walder beschriebenen Konstellationen bereits vorgekommen seien.

Undemokratischer Stadtrat?

Theo Zobrist (SP) wollte wissen, wieso sich der Stadtrat in Sachen Zooschneiseilbahn «gegen die Interessen der Bevölkerung stellte» und «eigenmächtig» den vom Baurekursgericht abgewiesenen Rekurs gegen die Festsetzung des Gestaltungsplans ans Bundesgericht weitergezogen hat.

Hochbauvorstand Dominic Müller (CVP) wies den Vorwurf, er habe undemokratisch gehandelt, zurück. Er unterstrich, dass die Seilbahn in seinen Augen unverträglich mit Dübendorf sei und die Exekutive deshalb ihre Verantwortung wahrgenommen habe, die öffentlichen Interessen durchzusetzen.

Daraufhin hakte Orlando Wyss (SVP) nach: «Ist der Stadtrat auch der Meinung, dass die Zoo-Seilbahn nichts mit einem Projekt des öffentlichen Verkehrs zu tun hat, sondern es nur um den Spassfaktor des Zoos geht?» Hochbauvorstand Müller antwortete prompt: «Jawohl, ja, ja.» Im Saal ertönte ob dieser klaren Ansage Gelächter.

Elektro-Trotti-Flut

Und Oliver Kellner kritisierte in einer seiner weiteren Fragen die neuen Elektro-Roller und E-Trottinetts, die derzeit durch Dübendorf rollen würden: «Es herrscht eine gewisse Verunsicherung, was den Umgang mit diesen Trendfahrzeugen angeht», sagte er. Manche Benutzer würden verbotenerweise auf dem Trottoir fahren und es sei unklar, ob man auf den Geräten nicht einen Helm tragen müsse.

Vom Dübendorfer Stadtrat wollte Kellner schliesslich wissen, ob er in dieser Angelegenheit eine Unfall-Präventionskampagne plane. Gemäss Sicherheitsvorstand Hanspeter Schmid (BDP) ist man sich des Problems bewusst. Er versprach am Montagabend: «Die Polizei wird aktiv kontrollieren und büssen.» Kampagnen seien derzeit allerdings keine vorgesehen.

Lukas Elser

ANZEIGE

Vom Tunnelblick zum Weitblick.

Selbsthilfezentrum

30 JAHRE

Zürcher Oberland & Pfannenstiel
selbsthilfezentrum-zo.ch
Telefon 044 941 71 00

ZPG-Statuten werden revidiert

REGION: Die Stimmberechtigten von Dübendorf, Fällanden, Greifensee, Maur, Schwerzenbach, Volketswil und Wangen-Brüttisellen entschieden am vergangenen Sonntag an der Urne über die Totalrevision der Statuten des regionalen Planungsverbands Zürcher Planungsgruppe Glattal (ZPG). Das Geschäft wurde von allen Verbandsgemeinden mit teilweise sehr deutlichen Resultaten angenommen. *red*

Neue Statuten für Zweckverband

REGION: Der Zweckverband Kläranlage Volketswil/Schwerzenbach/Fällanden/Maur erhält neue Statuten. Die Stimmberechtigten der vier Gemeinden hiessen am Sonntag die Totalrevision mit einem Ja-Stimmenanteil von 93 und mehr Prozent gut. Der durchschnittliche Ja-Anteil liegt bei 93,9 Prozent. *red*

Beisitzende fürs Mietgericht gewählt

REGION: An vergangenen Sonntag ging im Bezirk Uster die Erneuerungswahl von zwei Beisitzenden des Mietgerichts des Bezirks Uster als Vertreter der landwirtschaftlichen Pächterseite für die Amtsdauer 2020 bis 2026 über die Bühne.

Gewählt wurden Andrea Zaugg-Schädler mit 16 162 Stimmen und Hans Rudolf Kündig mit 14 196 Stimmen. Ernst Knellwolf verpasste die Wahl, er erhielt nur 7 190 Stimmen. Das absolute Mehr betrug 9 544 Stimmen. *red*

Notebooks

könne die Änderung unterstützen. Die daraus resultierende Einsparung: 90 000 Franken.

Der grösste Brocken mit einem Sparpotenziell von 480 000 Franken war die Frage: Soll in der Mittelstufe jeder Schüler ein Gerät haben, oder sollen sich zwei eines teilen? Für Letzteres setzte sich Gemeinderat Steiner ein. Die Schule schiesse mit dieser «Luxuslösung» weit über die Empfehlungen des Kantons hinaus. Das sei alles eine Frage der Organisation, und so lernten die Kinder, ein Gerät sorgfältig zu behandeln.

Der Gewehr-Vergleich

Hänni versuchte glaubhaft zu machen, dass viele Gemeinden ebenso wie Dübendorf auf eine sogenannte 1:1-Ausrüstung setzten. Denn mit geteilten Geräten würde es schwierig, die Vorgaben des Lehrplans 21 zu erfüllen. Unterstützung gabs von Oliver Kellner (Grüne), der die Sparmassnahme als «Blödsinn» abtat. In der Schule habe auch jedes Kind sein eigenes Pult, «und auch im Militär muss niemand sein Gewehr teilen». Die Ratsmehrheit teilte seine Ansicht. Am Ende reduzierte sich der Kredit auf 2,27 Millionen Franken. Er wurde vom Gemeinderat, wenn auch mit vielen Enthaltungen, deutlich angenommen. Das letzte Wort hat das Volk.

Thomas Bacher